

Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 240 Mk. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeiger Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang Boder C. — Tel. 27503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppelteilige Kleinzeile 120 Mk. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einwendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 7

Sonnabend, den 17. Februar 1923

27. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Aufende Notizen unter: „Gesperrt“, „Streit“, „Zugzug fernzuhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung minde-stens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperr- notizen finden nur Ausnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.

Gesperrt:

In Bremen, die Grabsteingebäude von Traupe, Eggert, Kiedel, Kuri und Winter. In Dramburg, Betrieb Nerius. In Jagfeld, Betrieb August Hillenmeier. In Dortmund sämtliche Betriebe der Grabmal- und der Bausteinnehrgesellschaft in Halle Platz Gellert.

Zugzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streit von Siegnitz (Firmen Herm. Wagner und Wilhelm Born). Von Paderborn (Firma Gebr. Spalhoff). Von Beckum in Westfalen (Firma Jos. Sinnemann). Von Duisburg und Umgebung. Von Bries, Bez. Breslau.

Die Teuerungszulagenverhandlung für die Granit-schleifereien (RZB.) gescheitert.

Am 5. und 6. Februar haben in Bamberg zwischen den Vertretern der am Reichslohnvertrag für die deutsche Granit-schleifereiindustrie beteiligten Verbände Verhandlungen über die Gewährung neuer Teuerungszulagen für den Monat Februar stattgefunden, die infolge des völlig ungenügenden Entgegenkommens der Vertreter des RZB. zu keinem Ergebnis führten.

Trotzdem die Tätigkeit des Steinmeisters in den Schleifereien die größten Ansprüche an seine Gesundheit und Körperkraft stellt, steht seine Entlohnung zu jeder in anderen Gewerkschaften wie auch in anderen Industrien in keinem Verhältnis! Stundenlöhne von 300 Mk. und darunter waren Ende Januar trotz angestrengtester Akkordarbeit keine Seltenheit. Die tariflich festgelegten Mindeststundenlöhne, die für die maßgebendsten 3 Bezirke Ende Januar 368,55 Mk. bis 425 Mk. betragen, werden nur von wenigen, ganz besonders tüchtigen Akkordarbeitern erreicht oder um einige Prozente überschritten; das bei derart unzulänglichen Löhnen weder die Existenz eines Einzelnen, noch gar die eines Familienhaushalts aufrechterhalten werden kann, bedarf wohl keiner Beweise. Der in früheren Jahren besonders beim Steinmeistertätigkeit „Berufshaus“ ist dadurch vollständig verschwunden. Die besten Arbeitskräfte haben bereits Unterschlupf in anderen Gewerben gesucht und gefunden. Die Zeit, wo auch der letzte Steinmeister in den Granit-schleifereien „den Staub von den Pantoffeln schüttelt“, ist nicht mehr fern, wenn die Industrie nicht endlich dazu übergeht, ihrer Arbeiterschaft den veränderten Verhältnissen angepasste Löhne zu zahlen. In welcher ungenügender Weise den jeweils gesteigerten Lebenshaltungskosten von den Arbeitnehmern Rechnung getragen wurde, mögen nachstehende Angaben beweisen. Nach dem Reichsstatistischen Amt wurde für die Monate August 1922 eine 40prozentige, September eine 100prozentige, Oktober eine 65prozentige, November eine 102prozentige, Dezember eine 53prozentige, Januar 1923 eine 71prozentige Steigerung der Lebenshaltungskosten festgestellt, der im August 1922 eine 26prozentige, September eine 40prozentige, Oktober eine 55prozentige, November eine 76prozentige, Dezember eine 59prozentige, Januar 1923 eine 87prozentige durchschnittliche Lohnerhöhung für die Granit-schleifereien gegenübersteht. Zu berücksichtigen ist hierbei noch, daß diese jeweiligen Zulagen immer erst für den dem Errechnungsmonat folgenden Monat gewährt wurden. Auf Grund der Feststellungen des Reichsstatistischen Amtes mußte sich für Monat Januar 1923 eine durchschnittliche Teuerungszulage von 58,982 Prozent ergeben, der jedoch nur eine Durchschnittszulage von 29,500 Prozent gegenübersteht. Es besteht somit ein Fehlbetrag von über 29,000 Prozent, ohne daß dabei die bis August zurückliegende Zeit, in der ebenfalls zwischen Lebenshaltungskosten und Lohn eine große Differenz bestand, angezogen wurde.

Diese wenigen Zeilen beweisen drastischer als alle langen Ausführungen die große Notlage, in der sich unsere Kollegen in den Schleifereibetrieben befinden. Durch diese unzulängliche Lohnpolitik wird aber gleichzeitig die ganze Industrie vor eine fragwürdige Zukunft gestellt. Bereits im Sommerhalbjahr 1922 konnte trotz aller Anstrengungen und Versprechungen seitens der Unternehmer der Bedarf an geübten Facharbeitern infolge der zahlreichen Abwanderungen nicht gedeckt werden. Dieser Mangel wird sich aber immer mehr auswirken. Alle geplanten Maßnahmen der Unternehmer zur Abstellung dieses Zustands werden an dieser festgestellten Tatsache des unzulänglichen Lohnes scheitern, denn ein knurrender Magen läßt sich nicht mit volkswirtschaftlichen Ratsschlüssen oder Vertröstungen auf eine bessere Zukunft befriedigen.

Inwiefern die bei allen Lohnverhandlungen wiederkehrende Klage, daß die Schleiferei-Industrie die Löhne der übrigen Industrien nicht zahlen kann, berechtigt ist, soll hier nicht weiter untersucht werden. Gewiß werden durch den Weltlauf, der durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt ist, verschiedene kleine oder unsichere Existenzen über Bord gehen, das kann aber nicht dauernd dazu benutzt werden, den Arbeitern die allerersten Existenzmittel vorzuenthalten. Tatsache ist und kann auch von Unternehmensseite nicht bestritten werden, daß die Mehrzahl der Schleifereibetriebe, ja sogar ganze Bezirke zurzeit mit ausreichenden und sehr lohnenden Auslandsaufträgen versehen sind, die sicherlich die Gewähr für eine auskömmliche Entlohnung der Arbeiterschaft bieten.

Die maßgebenden Instanzen unseres Verbandes werden aber auch die Frage zu prüfen haben, ob wir noch ein Interesse an den gemeinsamen wirtschaftlichen Forderungen (Kriegshofkunst, Formengestaltung usw.) haben, und ob es nicht besser sein wird, den Kollegen die Abwanderung direkt zu empfehlen und zu erleichtern um sie vor einer sicheren Verelendung zu schützen. Die Folgen, die dann für die Schleifereiindustrie eintreten müßten, würden wohl in volkswirtschaftlicher Hinsicht zu bebauern sein, aber jedenfalls hätte sie dann kein Recht, sich über Maßnahmen, die sie selbst verschuldet hat, zu beschweren. Eine Industrie, die bemüht oder unter dem Zwange der Verhältnisse ihrer Arbeiterschaft nicht das Nötigste zu

Aufrechterhaltung ihrer Existenz zu bieten vermag, hat keine Schadensberechtigung; das Klingt hart, ist aber folgerichtig.

Wenn diese Nummer des „Steinarbeiters“ in die Hände der Kollegen kommt, darf sicher schon mit einer Entscheidung des Tarifausschusses, das sofort nach der Verhandlung von uns angerufen wurde, gerechnet werden. All die bisherigen Verhandlungen mit den Schleifereibesitzern haben gezeigt, daß der Kampf um die nackte Existenz der in dieser Industrie beschäftigten Kollegen ein äußerst harter und jäher ist, wie sich dieser nun für die Zukunft weiter abspielt, steht also dahin; jedenfalls muß sich der RZB. zu ändern, den Bedürfnissen entsprechenden Zugeständnissen ausschwingen, widrigenfalls mit Maßnahmen von unsrer Seite zu rechnen ist, die sich in späteren Jahren so leicht nicht wieder ausgleichen dürften.

Internationale Anpassung.

(F. L.) Der Internationalismus, der geboren ist aus der Entwicklung von der Nationalwirtschaft zur Weltwirtschaft, macht in gegenwärtiger Zeit eine ungemein schwere Belastungsprobe durch. Es ist eine der eigenartigsten Erscheinungen im Völkerleben der Gegenwart, daß überall nationalistische Strömungen hervortreten und eine niemals gekannte Stärke erreichen, trotzdem die Bedürfnisse materieller und ideeller Art mit unwiderstehlicher Macht die Weltwirtschaft und damit den Internationalismus fordern. Zweifel-

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Der Einmarsch der französisch-belgischen Truppen ins Ruhrgebiet wurde von der ganzen deutschen Bevölkerung mit Entrüstung aufgenommen. Keinerlei Meinungsstreit besteht, daß dieser ungeheuerliche Angriff auf die Existenz der deutschen Wirtschaft, mit der das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft untrennbar verbunden ist, nicht widerstandslos hingenommen werden kann. In heroischer Weise kämpft die ganze Bevölkerung des besetzten Gebietes mit der einig möglichen Waffe des passiven Widerstandes und der Arbeitsverweigerung gegen die brutale Gewalt des bis an die Zähne bewaffneten Militärs an. Dieser Kampf hat bereits erhebliche Opfer gefordert und wird in den nächsten Wochen und Monaten in seiner Auswirkung auf das ganze deutsche Reichsgebiet Anforderungen in ungeheurerem Ausmaß stellen.

Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Durchführung dieses Abwehrkampfes zu ermöglichen, den Opfern hilfreich beizustehen und dafür zu sorgen, daß die erwachsende Notlage mit allen Kräften eingedämmt wird.

Die Arbeiterschaft darf und wird nicht abseits stehen. In dieser Voraussetzung hat der Bundesausschuß am 24. Januar den Beschluß gefaßt, alle vollbeschäftigten Arbeiter zur

Hergabe eines Stundenverdienstes

aufzurufen und — da feststeht, daß die gesamten Unternehmer in Industrie, Handel und Landwirtschaft den vierfachen Betrag der von der Arbeiterschaft aufzubringen Summe leisten wollen — auch der Bildung eines gemeinsamen Unterstützungsfonds zuzustimmen.

Dieser Beschluß sichert uns nicht nur die Kontrolle über die gesamten eingehenden Gelder, sondern auch die volle Mitwirkung bei der Verteilung des Fonds. Er enthebt uns auch der Mühe, einen besonderen Apparat zur Einziehung und Verwendung der Beiträge aufzubauen. Wer für die Hilfeleistung selbst ist, muß folgerichtig auch für ihre weitestgehende Ausdehnung und Beschleunigung sein. Wir ersuchen die Gewerkschaftsmitglieder deshalb, alle Kräfte anzuspannen und im Sinne des bereits veröffentlichten Aufrufs für die Durchführung des Hilfswerks in allen Betrieben zu sorgen.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Theodor Leipart.

Los sind die Kulturvölker aufeinander angewiesen und voneinander abhängig, das eine Volk kann weder wirtschaftlich, noch geistig, noch kulturell ohne die anderen Völker leben, die Lebensmöglichkeit eines jeden einzelnen Volkes beruht auf der gegenseitigen Unterstützung. Im Zeitalter der Naturalwirtschaft vermochte ein Volk seinen Bedarf im eigenen Lande zu decken und schloß sich deshalb von anderen Völkern durch Schranken und Wälle ab, heute ist ein Sonderdasein zu einer Unmöglichkeit geworden. Mit zwingender Notwendigkeit drängt unser wirtschaftliches Leben zur Weltwirtschaft, die ganze Welt soll eine einzige große Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft werden, und auch auf geistig-kulturellem Gebiete (Wissenschaft, Kunst, Kultur) ist eine Einlebung und Abschließung der Völker nicht mehr möglich. Deutschland gebraucht die anderen Völker und die anderen Völker gebrauchen uns — in diesem Sinne findet der internationale Gedanke seine Begründung. Nur überspannte Narren und Fanatiker treiben dieser Wahrheit gegenüber Vogel-Strauß-Politik, sie verschließen ihre Augen vor den Tatsachen und richten Unheil an, wann und wo sie zur Macht gelangen.

Eigentlich müßte man sich wundern, daß die unbestreitbare Notwendigkeit eines internationalen Hand-in-Hand-Arbeitens aller Völker von so vielen Leuten völlig verkannt wird, wenn uns nicht die Erfahrung lehre, welche Rolle die jahrhundertlange Erziehung und Gewöhnung in dem Gefühls- und Verstandesleben der Gegenwartsmenschen spielt. Die Menschen der Gegenwart schleppen die Geschälen vergangener Zustände noch immer mit sich herum, sie lassen sich vom Strom der Gegenwart umspülen, leben aber geistig und seelisch noch immer in längst überwundenen Vorstellungen. Ihr Horizont ist eng begrenzt, sie verstehen nicht, über die Nasenpitze hinwegzusehen und beurteilen die Welt aus der Froschperspektive, aus dem Gesichtswinkel der Krähwindelei, Pfahlbürgererei und Kleinlauterei. Diese Gefühls- und Denkweise, ein ganz natürlicher Niederschlag der früheren Wirtschaftsweise, ragt wie eine alte Burg-ruine in die Neuzeit hinein.

Einstmals, in den Zeiten der Stadtwirtschaft, war es erklärlich, daß die Menschen, die wirtschaftlich von der Welt abgeschlossen waren, sich auch in ihrem Können, Denken, Wollen und Handeln

von der fremden Welt abschlossen und sich auf das Reichsbild ihrer Stadt beschränkten. Wie sich die Häuser um den Kirchturm lagerten, gleich Küchlein um eine Henne, wie man Mauern um die Stadt zog, um sich gegen das Fremde, das Feindliche, zu schützen, so sperrte man sich auch geistig und seelisch ab. Damals war die Stadt das Vaterland, jenseits der Stadtmauern begann das Ausland. Die mittelalterlichen Chronikenschrreiber sprechen von ihrer Stadt als von ihrem „lieben Vaterlande“, und noch gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts schrieb der junge Goethe, der sich in Leipzig aufhielt, an seine Schwester, er werde demnächst in sein Vaterland Frankfurt zurückkehren. Es gab damals noch kein National- oder Volksbewußtsein, woraus sich die Tatsache erklärt, die uns heute schier unverständlich erscheint, daß sich deutsche Städte gegenseitig mit Krieg überzogen und sich erbittert bekämpften wie die schlimmsten Feinde.

Als die neuauftommende Fürstenmacht, die sich auf stehende Geere und Feuerwaffen stützte, die mittelalterliche Gemeinlichkeit vernichtete, die ehemals freien Städte zu einem Staate zusammenschloß und die Bewohner zu Untertanen herabwürdigte, entstand die Staatswirtschaft. Sie beruhete ebenfalls auf dem Grundlag der Eigenwirtschaft, weshalb sie sich gegen die anderen Staaten absperrte. Die Folge dieser neuen Wirtschaftsweise war eine neue Gefühls- und Denkweise, der Nationalismus erschien auf der Bildfläche, der von den Machthabern und Staatslenkern obendrein noch künstlich geizt und gestärkt wurde. Auch die Einzelstaaten Deutschlands haben sich in jener Zeit mit Waffengewalt bekämpft, weil jeder Staat in dem anderen seinen Feind sah. Die Erwartung und Verwirklichung der menschlichen Bedürfnisse und als Folge davon die Ausdehnung der kapitalistischen Großindustrie und des Verkehrswezens (Eisenbahnen, Post, Telegraphie) forderten einen wirtschaftlichen Zusammenfluß der deutschen Staaten zu einer Volkswirtschaft, die eine neue höhere soziale Bewußtseinsform, das deutsche Volksbewußtsein, erzeugte. Dieses Volksbewußtsein wurde gepflegt und vertieft durch Schule und Kirche, durch Gedichte und Lieder, durch Vereine und Versammlungen. Man denke nur zurück an seinen eigenen Schulunterricht, an die Lesestücke und Schilderungen des deutschen Landes und Volkes, es sei auch erinnert an die allgemeinen deutschen Sängers-, Turner- und Schützenfeste. Aus diesem Volksbewußtsein heraus erwuchs das Lieber wie: „Was ist des Deutschen Vaterland? Ist's Preußenland, Westfalenland, ist's Bayerland, ist's Steierland? — Sein Vaterland muß größer sein, das ganze Deutschland soll es sein!“ Oder das bekannte Lied: „Deutschland, Deutschland über alles“ und zahlreich andere. Das deutsche Volksbewußtsein drängte das Nationalbewußtsein („Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben“) allmählich in den Hintergrund, doch lebt letzteres in dem sogenannten Partikularismus so fort, den wir in Bayern, Hannover usw. noch heute beobachten können.

Wohin sich in Deutschland hat sich in anderen Ländern die Entwicklung zum National- bzw. Volksbewußtsein vollzogen. Das wirtschaftliche Interesse schloß die einzelnen Völker und Völkchen zu einer geistig-erleuchteten Gemeinschaft zusammen, selbst ganz kleine Völkerplättchen erwachten zum Bewußtsein ihrer Nationalität, und so sehen wir, wohin wir blicken, starke nationalistische Strömungen. Dieser neuentstandene Nationalismus, das Widerspiel des Internationalismus, wird planmäßig und andauernd unterstützt durch eine agitatorische Bearbeitung der Volksseele. Diese nationalistiche Propaganda knüpft an das natürliche Zusammengehörigkeitsgefühl, das zwischen Menschen besteht, die demselben Mutterboden entsprossen sind (Solidarismus kommt her von solidum = der Boden). Sie weckt die uralten Rasseninstinkte in der Menschenbrust und peitscht sie auf zur gegenseitigen Abneigung und Entfremdung, ja bis zum Haß und zum Gewaltkampf. In dieser nationalistischen Verheerung spielt die Behauptung eine Rolle, daß das eigene Volk weitaus besser und edler sei, als die anderen, die als minderwertig, wenn nicht gar als Schmutz und Abfall der Menschheit hingestellt werden. Auch der Haß wird aufgeschürt, indem man darauf hinweist, daß die Fremden die Einheimischen ausbeuten und zur Anechtung verurteilen. Dieser Appell an den Haß bleibt selten wirkungslos, er findet immer neue Nahrung, daß tatsächlich in manchen Ländern die Eingewanderten infolge ihrer Intelligenz und Regsamkeit die einflussreichsten, einträglichsten Stellen besetzen und sich große wirtschaftliche Vorteile verschaffen, während die Eingeborenen die niedrigsten Arbeiten verrichten müssen und mit fargem Lohne abgespeist werden. Vor allen Dingen trägt es zur Verstärkung des Nationalismus bei, wenn die verschiedenen Völker feindselig aufeinander stoßen und sich gegenseitig schädigen. Der Völkerkrieg, der mittels eines Volksheeres geführt wird, richtet infolge der Erbitterung und des Hasses, den er aufhäuft, Schranken zwischen den Völkern auf, die schwer zu überbrücken sind. Zweifellos haben die napoleonischen Kriege die deutschen Stämme einander nähergebracht und das Volksbewußtsein der Deutschen geweckt und gestärkt, und die Befreiungskriege von 1813/15 haben den Erfolg gehabt, daß die Deutschen zu einem einzigen Volk von Brüdern geworden sind, die in Gefahr und Not zusammenhalten. Auch heutzutage wieder, in der Nachkriegszeit, erhält durch das Vorgehen der Siegerstaaten gegen Deutschland der Nationalismus neue Nahrung, und der Internationalismus verliert in weiten Schichten der Bevölkerung an Stärke. Das feindselige Verhalten des einen Volkes gegen das andere züchtet Feindschaft und Völkerverhaß und läßt den Chauvinismus, diese scheußliche Entartung des Nationalismus, in die Halle schieseln, eine Tatsache, die man bedauern mag, mit der man aber in der praktischen Politik rechnen muß. So wirken in der nationalistischen Propaganda geistig-seelische und wirtschaftliche Momente zusammen, um das Nationalbewußtsein auf die Spitze zu treiben und den Nationalhaß zur Gluthitze zu steigern. Von der Wahrheit dieser Behauptung zeugen die Beobachtungen, die man heutzutage in allen Ländern der Erde machen kann.

Augenscheinlich sind es die geistig rückständigsten Menschen, die der Völkerverheerung zum Opfer fallen. Weitsichtige Männer und Frauen, die die Notwendigkeit eines internationalen Austausches der materiellen und ideellen Werte erkannt haben, sind feindselig gegen das Gift nationalistischer Verheerung. Sie fühlen sich als Weltbürger, worüber sie natürlich nicht vergessen, daß sie auch Bürger eines bestimmten Staates und Angehörige eines bestimmten Volkes sind und ihre nationalen Interessen zu wahren haben. Nationalismus und Internationalismus sind durch- aus keine Gegensätze, sie vertragen sich vielmehr sehr gut miteinander. Wie dies der altgriechische Kaiser Marcus Aurelius einmal zum Ausdruck brachte, indem er öffentlich erklärte: „Als Kaiser bin ich allerdings Römer, als Mensch aber bin ich Weltbürger!“ Anders verhält es sich mit Leuten, in denen die geistigen und seelischen Ueberbleibsel aus vergangenen Zeiten noch lebendig sind und nachwirken, so daß die klare Einsicht und das nüchterne Urteil getrübt wird oder gänzlich verloren geht, weshalb sie jeder Suggestion unterliegen und das Verhalten von

Während der Erwägungen aus einrichten. Während der Erwägungen aus einrichten. Während der Erwägungen aus einrichten. Während der Erwägungen aus einrichten. Während der Erwägungen aus einrichten.

Während der Erwägungen aus einrichten. Während der Erwägungen aus einrichten. Während der Erwägungen aus einrichten. Während der Erwägungen aus einrichten. Während der Erwägungen aus einrichten.

Rettet den Wohnungsbau!

Unter dieser Überschrift bringt die „Soziale Bauwirtschaft“ eine instruktive Darstellung der Wohnungsmisere und weist nach, wo und was bisher auf diesem Gebiet gesündigt wurde; es wird auch nicht unterlassen, den einigla gangbaren Weg zur Verinderung zu zeigen.

Unter dieser Überschrift bringt die „Soziale Bauwirtschaft“ eine instruktive Darstellung der Wohnungsmisere und weist nach, wo und was bisher auf diesem Gebiet gesündigt wurde; es wird auch nicht unterlassen, den einigla gangbaren Weg zur Verinderung zu zeigen.

Unter dieser Überschrift bringt die „Soziale Bauwirtschaft“ eine instruktive Darstellung der Wohnungsmisere und weist nach, wo und was bisher auf diesem Gebiet gesündigt wurde; es wird auch nicht unterlassen, den einigla gangbaren Weg zur Verinderung zu zeigen.

Unter dieser Überschrift bringt die „Soziale Bauwirtschaft“ eine instruktive Darstellung der Wohnungsmisere und weist nach, wo und was bisher auf diesem Gebiet gesündigt wurde; es wird auch nicht unterlassen, den einigla gangbaren Weg zur Verinderung zu zeigen.

Unter dieser Überschrift bringt die „Soziale Bauwirtschaft“ eine instruktive Darstellung der Wohnungsmisere und weist nach, wo und was bisher auf diesem Gebiet gesündigt wurde; es wird auch nicht unterlassen, den einigla gangbaren Weg zur Verinderung zu zeigen.

nahmen berufen, die einzelne Landesregierungen sowohl in der Frage der Beschaffung der Mittel als auch in der Frage der Senkung der Baustoffpreise verschuldet haben. So durften z. B. eine Reihe von staatlichen Fortbewerksungen es ablehnen, den Staatswucher in der Holzwirtschaft aufzugeben.

Verantwortlich sind die Stadtparlamente. Sie haben es verabsäumt, den Unwillen der Wohnungslosen und der Mieterschaft in der Form klarer Ziele und Vorschläge an die höheren Instanzen weiterzuleiten. Sonst dürfte die Weltfremdheit und der Partikularismus in den Amtsstuben der Länder und des Reichs zu faller Winterszeit nicht so hoch in Blüte stehen.

Verantwortlich ist aber auch die Mieterschaft, die in zahllosen Protestversammlungen, Resolutionen und Protesten gefordert hat, das Reich solle sich für die Wohnungslosen einsetzen, mehr Opfermut und weniger Allgemeinheiten, mehr Klar umrissene Forderungen hätten den Hauptverantwortlichen auch mehr Erkenntnis und mehr Willen zum praktischen Handeln gebracht.

Die schwerwiegendste Verantwortung liegt nunmehr bei den Abgeordneten des Reichstages. Kennen sie den Willen ihrer Wähler? Wissen sie, daß die Wohnungsnot einen Teil des deutschen Volkes schier zur Verzweiflung bringt? Wissen sie, daß es letzten Endes die schlaflässige und talentlose Preispolitik auf dem Baustoffmarkt ist, die den Mieter zur Last bringt, Opfer zu bringen, die in das Taß ohne Boden rinnen?

Wir leben heute in einer wirtschaftlichen Revolution, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Die politische Revolution des Jahres 1918 muß jedem wirtschaftlich denkenden Menschen als ein Kinderspiel erscheinen gegenüber dem Zusammenbruch der privatkapitalistischen Wirtschaft, der sich heute vor unsern Augen abspielt.

Freie Bahn der freien Wirtschaft! Das war die Parole von 1918, das ist sie heute noch. Wohin dieser Weg geführt hat, das sieht jeder, der die letzten Kräfte hingeben muß, um Kleidung und Nahrung zu erarbeiten. Nur der dritte lebenswichtige Bedarf des Menschen, die Wohnung, war dem Zugriff der Enteigner entzogen.

Freie Bahn der freien Wirtschaft! Das war die Parole von 1918, das ist sie heute noch. Wohin dieser Weg geführt hat, das sieht jeder, der die letzten Kräfte hingeben muß, um Kleidung und Nahrung zu erarbeiten.

Friedenskrieg aus. Im die Wohnungsmiete aufzubringen, mußten wir im Frieden etwa 60 Tage arbeiten, heute schaffen wir die Jahresmiete mit fünfzigjähriger Arbeit. Das Privatkapital aber wünscht, daß auch der letzte Damm falle, daß die Zwangswirtschaft auch im Wohnungswesen abgebaut wird.

Auf dem Gebiete des Wohnungswesens aber hat die Mieterschaft noch einige Macht. Sie kann es verhindern, daß sie um Billionenbeträge enteignet wird, wenn sie sich dazu aufrafft, nicht nur mit der Politik, sondern auch mit der welt schärfsten wirtschaftlichen Waffe zu kämpfen.

Die Wohnungsnot ist eine wirtschaftliche Frage, die nur mit wirtschaftlichen Mitteln gelöst werden kann. Die einzige Waffe, die die Mieterschaft in der Hand hat, um dem Abbau der Zwangswirtschaft entgegenzutreten und für eine geordnete Gemeinwirtschaft zu kämpfen, ist der Wohnungsneubau.

Die Entscheidung ist klar und eindeutig. Wenn die Mieterschaft den Wohnungsbau nicht auf gemein wirtschaftlichem Wege finanziert, die Wohnungsbauabgabe nicht aufbringt, dann müssen die Mittel zum Wohnungsbau vom Privatkapital aufgebracht werden. Das Privatkapital will aber Vergütung des Anlagekapitals und verlangt heute für die Miete einer Kleinwohnung mindestens 600 000 Mk., wenn nicht mehr.

- 1. Das Privatkapital verlangt eine Wohnungsmiete von 600 000 Mk. und mehr, verlangt für eine Jahresmiete einen mindestens halbjährigen Arbeitsertrag.
2. Die Gemeinwirtschaft verlangt eine Wohnungsmiete von etwa 20 000 Mk. und eine zusätzliche Wohnungsbauabgabe, die hinreicht, um mindestens 100 000 neue Wohnungen zu finanzieren.

Christliches.

Der christlichen „Steinarbeiter-Zeitung“ hat unser Weihnachtsartikel nicht gefallen. Das war vorauszu sehen und ist uns auch verständlich; denn wir schreiben etwa nicht, um die Zustimmung der Christlichen zu erhalten, das müßten diese Deutschen doch mitunter eingesehen haben.

Wenn es nach den Lehren der Kirche gegangen wäre, stände es heute besser um das arbeitende Volk. Und wenn es nicht so ist, dann hat die Klassenkämpferische Sozialdemokratie ihr vollgeschüttetes Maß Schuld mit daran.

Die Presse und ihre Bedeutung für die Arbeiter.

Was besondere Einschätzung verdienen die Frauen als Zeitungsleser. Es ist eigenartig, sobald eine Frau eine Zeitung in die Hand bekommt, steigt sie nicht etwa den Leitartikeln, sondern entweder die Inserate oder was sonst unter dem Strich steht.

Ein Plan, der zweifellos der Originalität nicht entbehrt, ist die sogenannte kopflose Zeitung. — Wer regelmäßig viel Zeitungen liest, wird finden, daß in zahlreichen gleichen Schlägen immer wieder dasselbe steht. Das gilt namentlich von den größeren Provinzzeitungen. Sie bringen allmählich dieselben Modetipps, Haus- und wirtschaftlichen Beilagen. Täglich denselben Kursbericht, dieselbe Lotteriegewinnliste, denselben Parlamentsbericht, Leitartikel, Roman, dasselbe Feuilleton und Sonntags dieselbe lustige Gde.

Man hat sich bereits mit dem Gedanken getragen, auch in der Arbeiterpresse diesen Plan zur Durchführung zu bringen. Technische Schwierigkeiten dürften sich hierbei kaum ergeben, ob aber die persönliche Note einer Zeitung damit gefördert würde, ist zu bezweifeln. An sich wäre dies aber auch mitunter nicht schlimm, die Hauptaufgabe einer Zeitung ist es ja, den Leser zufriedenzustellen, und das ist in der Provinz, wo meist ein Redakteur alles zu bearbeiten hat, nicht möglich.

Ob in der Zukunft im wirtschaftlichen Teil eine Bedienung durch eine Zentrale zweckmäßig ist, wäre noch zu prüfen. Ein besonders wichtiges Gebiet gilt es hier zu behandeln. Soll die Zeitung nicht nur unterrichten, sondern auch geistig bilden und fortpromotieren, so darf sie im wirtschaftlichen Teil nicht durch läudenle Handwerksberichterstattung, nicht durch Schlagworte, wie: „fetter Gewinn, hoher Profit usw.“ Aufklärung betreiben.

gelamte Wirtschaftskontunktur. Werden dann noch Berichte über die Akkumulation und Konzentration der Aktiengesellschaften, Kartelle, Syndikate und Trusts gebracht, so dürfte im wirtschaftlichen Teil viel zur Weiterbildung und Belehrung vorhanden sein.

Heute erfüllt wohl nur die Arbeiterpresse den größten Teil dieser hier gestellten Aufgaben, sie ist es, die die Dinge deutet und dadurch zur Seele des Arbeiters gelangt. — Die sogenannte unpolitische bürgerliche Presse raubt dem Volke die Kritik. Sie macht aus ihm durch Massensuggestion ein willenloses Werkzeug der Verhekerung, des Fanatismus. Das haben wir während des Krieges deutlich genug erlebt.

Durch schlichte, sachliche, vernünftige Kritik in der Presse sind stets große Erfolge erzielt worden, diese Wahrnehmung ist schon in den ersten Anfängen des Entstehens der Presse gemacht worden. — So brachte im Jahre 1769 eine englische Zeitung, „Public Advertiser“, die weltberühmt gewordenen 68 Juniusbriefe.

Heute ist die Presse eine Großmacht, und da nun einmal die Klassenunterschiede bestehen, muß auch die Arbeiterpresse ihre Macht in der Presse ausnützen. — Die Arbeiterpresse verbreitet wirtschaftliche Kenntnisse, Kenntnis des Wirtschaftslebens führt aber auch den Arbeiter zur Wahrnehmung des Klasseninteresses und schließlich zum Klassenbewußtsein.

chaftsform. Unser Ziel ist es, die kapitalistische Privatwirtschaft zu ersetzen durch die sozialistische Bedarfswirtschaft. Nicht mit der Lungenkraft, sondern mit dem Kopf und der Hand ist dieses zu erreichen. Engstes Zusammenarbeiten aller Kopf- und Handarbeiter ist notwendig, die Achtung vor der geistigen Arbeit wird sich immer mehr durchsetzen, wenn dies geschieht und je klarer die Arbeitermassen durch die Presse zum Denken erogen werden.

Darum darf der Arbeiter nicht durch das Halten der bürgerlichen Presse Verrat an seinen eigenen Interessen begehen. Unsere Parole muß sein: „Heraus mit der gegnerischen Presse aus den Arbeiterwohnungen, hinein mit der Arbeiterpresse!“ Jeder, der seine Klassenlage erkannt hat, muß diese Parole befolgen.

Amerikanisches. Ein gewisses berufliches Interesse erweckt folgende Beschreibung, die wir einer Zeitschrift entnommen haben. Es handelt sich um eine gläserne Chaussee. „Wohl die eigenartigste Straßenanlage in den Vereinigten Staaten ist ein Glasweg, der die beiden lebenswertesten Punkte in dem berühmten Yellowstone-Nationalpark, den Karing Mountain und Golden Gate miteinander verbindet. Wertwüdig wie die Anlage selbst, ist auch die Baugeschichte dieser einzig dastehenden Straße. Nachdem die Strecke planmäßig abgesteckt war, machten die Regierungsingenieure die peinliche Entdeckung, daß Voraussetzung für die Ausführung der Anlage die Erfindung eines Verfahrens zur Durchschneidung eines aus vulkanischem Glas bestehenden Berges war, der sich der Führung der Straße als ein unüberwindliches Hindernis in den Weg stellte. Dieses Hindernis bestand in dem über 80 Meter hohen und etwa 1400 Meter breiten „Obidian Cliff“, einem aus vulkanisiertem Glas bestehenden Felsriegel, dessen kohlswarzes, mit roten und gelben Streifen durchzogenes Massiv in der Sonne wie ein Nisendiamant glänzte und funkelte. Zunächst versuchten die Ingenieure, die Masse durch gewaltige Dynamitladungen zu sprengen, aber alle diese Versuche erwiesen sich als fruchtlos. Da kam ein Arbeiter, der früher als Glasbläser gearbeitet hatte, auf den Gedanken, die Glasmasse des Berges durch starke Hitze zum Glühen zu bringen und dann mit kaltem Wasser zu übergießen. Der Vorschlag wurde auch angenommen und zur Ausführung gebracht. Man jündete im Umkreis eines Kilometers um den Berg herum große Holzfeuer an, die man 50 Stunden lang in Brand erhielt. Dann überpoch man die Abhänge des glühenden Berges mit dem eiskalten Wasser, das aus dem benachbarten Fluß herausgepumpt wurde. Der Berg explodierte mit schreckensbetäubendem Getöse, und als sich der Rauch verzogen hatte, sah man, daß der Teil, der die Straßenarbeit gestört hatte, verschwunden war. Die Glasbrocken, die in ungeheurer Menge den Boden bedeckten, wurden als Straßenunterlage benutzt, und sie erwiesen sich für diesen Zweck als vorzügliches Material, denn sie waren hart wie Kieselsteine und boten eine Schotterunterlage, wie man sie sich besser nicht hätte wünschen können.“

